

# LEHRBUCH

der

# FINANZWISSENSCHAFT

von

**Dr. Max von Heckel,**

o. o. Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu Münster.

---

Erster Band.



---

LEIPZIG,  
VERLAG VON C. L. HIRSCHFELD.

1907.

Studienbibliothek  
zur Geschichte der  
Arbeiterbewegung  
Zürich

901-02

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<b>Vorwort</b> . . . . .	III—VIII
<b>Erstes Buch. Finanzen und Finanzwissenschaft</b> . . . . .	1—80
<b>I. Wesen und Aufgaben der Finanzwissenschaft</b> . . . . .	1—11
§ 1. <i>Begriff und Wesen der Finanzwissenschaft</i> . . . . .	1
Die Finanzwissenschaft als Lehre von der Wirtschaft des Staates und der übrigen politischen Gemeinwesen. Allgemeiner Charakter ihrer Aufgaben. Verhältnis zur Finanzpraxis und Geltung der Finanztheorien. Staatsfinanzen und Finanzen der öffentlichen Körper.	
§ 2. <i>Das Wort „Finanzen“</i> . . . . .	5
Entstehung des Terminus Finanzen. Seine Anwendung auf den Staatshaushalt, auf die öffentlichen Haushalte und als banktechnischer Ausdruck.	
§ 3. <i>Die Aufgaben und die Stellung der Finanzwissenschaft. Nachbar-disziplinen und Hilfswissenschaften</i> . . . . .	7
Die beiden Hauptaufgaben der Finanzwissenschaft: 1. Die historisch-statistische Aufgabe: Materialsammlung und Entwicklungsgeschichte des modernen Finanzwesens. 2. Die praktisch-politische Aufgabe: Mitwirkung an der Lösung praktischer Finanzprobleme. — Die Finanzwissenschaft als Teil der Staatswissenschaften. Stellung zur Nationalökonomie und zum Staats- und Verwaltungsrecht. Zusammenhang mit den Einzelwirtschaften. Die Kameralistik und die Verselbständigung der Finanzwissenschaft. Die Hilfswissenschaften.	
<b>II. Die politischen Gemeinwesen als Zwangsgemeinwirtschaften</b> 11—37	
§ 1. <i>Die Wirtschaftsbetriebe der Zwangsgemeinwirtschaften</i> . . . . .	11
Nähere Charakteristik der Finanzwirtschaft. Die Finanzwirtschaft, eine Einzelwirtschaft. Verwandtschaft und Verschiedenheiten gegenüber den anderen Einzelwirtschaften. Die einzelnen Differenzmomente: 1. Die Finanzwirtschaft, eine Wirtschaft als Mittel zum Zweck. 2. Die Ausgabewirtschaft als Grundlage der Finanzwirtschaft. 3. Größe, Dauer und Souveränität der Zwangsgemeinwirtschaften. 4. Der immaterielle Charakter der meisten Staatsleistungen. 5. Das Prinzip der generellen Entgeltlichkeit. 6. Das Prinzip des Zwangs.	
§ 2. <i>Die Technik und die Entwicklungsepochen der Finanzwirtschaft</i> . . . . .	22
Die Ausgabe- und Einnahmewirtschaft. Abhängigkeit von den volkswirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen. Zusammenhang mit	

der Verfassung, Politik und der wirtschaftlichen Technik. — I. Ausgabewirtschaft und die Aufwandszwecke: Rechts- und Machtzweck. Kultur- und Wohlfahrtszweck. Die Gruppenbildung der einzelnen Aufwandszwecke. Personal- und Sachaufwand. Charakter und steigende Tendenz der Staatsausgaben. Dezentralisation und Konzentration. — II. Die Einnahmewirtschaft und die Deckungsmittel: Die persönlichen Arbeitskräfte (unentgeltliche, Zwangs-, entgeltliche Dienste). Die sachlichen Produktionsmittel (Grundstücke, Regalien; Abgaben). Die Gruppenbildung der einzelnen Staatseinkünfte. — Die Entwicklungsepochen der Finanzwissenschaft: Domänen, Regalien, Steuern, Staatskredit.

- § 3. *Staats-, Gemeinde- und Bundeshaushalt* . . . . . 34  
 Der Staatshaushalt als Grundlage und Typus der öffentlichen Haushalte überhaupt. — Unterschiede und Abweichungen: 1. Der Gemeindehaushalt. 2. Der Bundeshaushalt.

### III. Die Finanzwissenschaft und ihre Literatur . . . . . 38—50

- § 1. *Die ältere Entwicklung der Finanzwissenschaft* . . . . . 38

Einleitung. Vorläufer: Thomas von Aquin, Francesco Petrarca, Carafa, Bernardo von Sienna, Antonio von Florenz, Guicciardini, Guetti. — 1. Die Epoche der politischen Schriftsteller im 16. und 17. Jahrhundert: Bodinus, Gregorius Tolosanus, Botero, Peter und Jan Delacourt, Boxhorn, Obrecht. — Bornitz, Besold, Klock und ihre Epigonen. — Monchrétien de Watteville, Vauban. Hobbes, Petty, Locke. — 2. Die deutsche Kameralistik: Charakter und Entwicklung. v. Seckendorf und die älteren Kameralisten. Couring und Samuel v. Pufendorff. v. Justi und v. Sonnenfels. Montesquieu. — 3. Die Finanzwissenschaft der Physiokraten und des Klassizismus: Quesnay, Mirabeau D. Ä., Letrosne. — Hume und Steuart, Adam Smith, Ricardo, Macculloch. John Stuart Mill. — Say, Simonde de Sismondi, Canard, französische Monographien. — Pascoli, Bandini, Broggia, Cagnazzi, Fuoco, Bianchini, Messedaglia.

- § 2. *Die Verselbständigung der deutschen Finanzwissenschaft im 19. Jahrhundert* . . . . . 58

Drei Perioden: 1. Die wirtschaftsliberale Periode: Entwicklungsbedingungen. Die Unselbständigen. Selbständige Darstellungen: Stockar v. Neuforn, Behr, v. Jacob, v. Malchus. Die Monographien. — 2. Die Finanzwissenschaft des deutschen Beamtenstaats: Die Grundlagen. Rau, Umpfenbach, Bergius, Roscher. Nebenius, Hoffmann, v. Hock und ihre Zeitgenossen. — 3. Die staatswissenschaftlich-sozialpolitische Epoche: Die Grundlagen der neuesten Entwicklung. Lorenz von Stein, Adolf Wagner, Schäffle, Neumann, Vocke. — 4. Die neueste Entwicklung: Die neueren Systematiker und Einzelforscher in Deutschland und Österreich.

	Seite
§ 3. <i>Die neuere Finanzliteratur im Ausland</i> . . . . .	78
1. Die Franzosen. 2. Die Engländer und Nordamerikaner. 3. Die Italiener. 4. Andere Länder: Spanier und Portugiesen.	
Zusammenstellung der wichtigsten literarischen Hilfsmittel . . . . .	80—82
<b>Zweites Buch. Die Verwaltungseinnahmen</b> . . . . .	83—119
§ 1. <i>Die Verwaltungseinnahmen im allgemeinen. Entstehung und Gliederung</i> . . . . .	83
Allgemeiner Charakter. 1. Die Spolien. 2. Die Regalien. Ihre Auflösung im modernen Finanzsystem: Gebühren, Beiträge, Ersatzleistungen.	
§ 2. <i>Die Regalien</i> . . . . .	85
1. Begriff und Rechtsgeschichte. Entstehung und Ausbildung. Regalia maiora und Regalia minora. Die wichtigsten Regalien. — 2. Die Auflösung der Regalien im modernen Staat. Zersetzungsprozeß und die Umbildung in Gebühren, Steuern, Monopoleinnahmen, Staatshoheitsrechte, Beiträge. Aufhebung.	
§ 3. <i>Die Gebühren. Ableitung und Begründung</i> . . . . .	88
Ableitung und Wesen der Gebühren. 1. Begriff und Grundsätze der Bemessung der Gebühren. Amtshandlung. Spezielle Entgeltlichkeit. Kostenersatzmoment und spezielles Entgeltlichkeitsmoment. Übergänge. Besondere Zwecke. — 2. Die Abgrenzung der Gebühren gegen andere, öffentliche Einnahmearten: 1. Die erwerbswirtschaftlichen Einkünfte. 2. Beiträge. 3. Ersatzleistungen. 4. Steuern. 5. Taxen.	
§ 4. <i>Die typischen Erscheinungsformen und die Erhebung der Gebühren</i> . . . . .	94
Die organische oder materielle Einteilung: 1. Allgemeine und besondere Gebühren. 2. Einzel- und Bauschgebühren. 3. Feste und veränderliche Gebühren (Rahmen-, Gradations-, Zeit-, Raum-, Wertgebühren). 4. Fiskus- und Dienergebühren. — Erhebung der Gebühren: 1. Die Stempelform. 2. Die unmittelbare Zahlung durch den Gebührenpflichtigen.	
§ 5. <i>Das verwaltungsrechtliche System der Gebühren</i> . . . . .	98
Die verwaltungsrechtliche oder formelle Einteilung: I. Gebühren der Rechtspflege: 1. Gebühren der streitigen Rechtspflege der Zivilgerichtsbarkeit. 2. Die Gebühren der Strafrechtspflege. 3. Die Gebühren der nichtstreitigen Rechtspflege. 4. Registergebühren. — II. Die allgemeinen Verwaltungsgebühren: 1. Anstellungs-, Bestallungs-, Beförderungsgebühren. 2. Gebühren für Prüfungen und Befähigungsatteste. 3. Gebühren für die Verleihung besonderer Rechte. 4. Gebühren für Exemtionen. — III. Die besonderen Gebühren der einzelnen Verwaltungszweige: 1. Gebühren im Gebiete der auswärtigen Verwaltung. 2. Gebühren im Gebiete der inneren Verwaltung. 3. Gebühren im Gebiete des Kultus, des öffentlichen Bildungs- und Unterrichtswesens. 4. Gebühren im Gebiete der volkswirtschaftlichen Verwaltung.	

	Seite
Gebührengesetzgebung . . . . .	108—111
§ 6. <i>Beiträge oder Interessenbeiträge: Steuerpräzipien und Zwecksteuern</i> . . . . .	111
Die Beiträge. Arten: Steuerpräzipien und Zwecksteuern. Die wichtigsten Steuerpräzipien: 1. Staatsverwaltungseinnahmen. 2. Einnahmen aus öffentlichen Verkehrsanstalten. 3. Beiträge der Arbeiterversicherung. 4. Beiträge zu Interessenvertretungen. 5. Beiträge bei Benutzung von Spitalern, Krankenhäusern und Sanatorien. 6. Beiträge bei Benutzung von Wasserleitungen, Schlachthäusern, Gas- und elektrischen Anlagen. — Die Zwecksteuern. Arten.	
§ 7. <i>Die Ersatzleistungen</i> . . . . .	114
Ersatzleistungen oder Ausgleichungsabgaben im allgemeinen. Die Erscheinungsformen: 1. Die Vermögensstrafen. 2. Das Wehrgeld und die Wehrsteuer. Begründung und steuertechnische Einrichtung.	
Das geltende Recht der Wehrsteuer . . . . .	118—119
<b>Drittes Buch. Die Steuern</b> . . . . .	120—493
<b>I. Kapitel. Die allgemeinen Grundlagen der Besteuerung</b> 120—216	
<b>I. Die Steuer und die Steuerpflicht</b> . . . . .	120—144
§ 1. <i>Begriff und Wesen der Steuer</i> . . . . .	120
Begriff der Steuer. Materielle und formelle Begründung. Merkmale des Steuerbegriffs: 1. Abgaben. 2. Auflagen. 3. Leistungen der Einzelwirtschaften. 4. Zahlungen an den Staat und die öffentlichen Körper. 5. Entrichtungen in Geld oder Naturalien. 6. Prinzip der generellen Entgeltlichkeit. 7. Befriedigung von Gemeinbedürfnissen. Abgrenzung gegen: 1. Die erwerbswirtschaftlichen Staatseinnahmen. 2. Die Gebühren. 3. Staatsverwaltungseinnahmen. Die sozialpolitische Aufgabe der Steuer?	
§ 2. <i>Die Steuerpflicht und die Steuertheorien</i> . . . . .	128
1. Die historische und organische Steuertheorie. 2. Die Tauschtheorie. 3. Die Assekuranz- oder Versicherungstheorie. Andere, gleichfalls unzureichende Lösungen.	
§ 3. <i>Der Steuerfonds und die Reproduktivität der Steuer</i> . . . . .	131
Das Vermögen und seine Funktionen als Steuerfonds. Die allgemeinen, volkswirtschaftlichen Bedingungen der Steuer. Die Überschusserzeugung und die relative Reproduktivität der Steuer. Grenzen.	
§ 4. <i>Die staatsrechtliche Stellung der Steuer</i> . . . . .	133
Das subjektive und objektive Besteuerungsrecht des Staates. Seine Unbegrenztheit. Die formelle Bedingung des Gesetzes. Die Steuerstrafen.	
§ 5. <i>Die Terminologie des Steuerwesens</i> . . . . .	134
1. Steuerfonds. 2. Steuerquelle und Steuerobjekt. 3. Steuereinheit, Steuersatz, Steuerfuß. 4. Steuersubjekt, Steuerzahler, Steuerträger. Steuerveranlagung. 6. Subjekt- und Objekt-, Personal- und Realsteuern. 7. Erwerbs-, Besitz-, Verkehrs- und Aufwand-	

	steuern. 8. Direkte und indirekt Steuern. 9. Quotitäts- und Repartitionssteuern. 10. Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kirchensteuern. 11. Periodische und unperiodische Steuern. 12. Ordentliche und außerordentliche Steuern.	
§ 6.	<i>Die Erhebungsformen der Steuern und Abgaben</i> . . . . .	143
	1. Die direkte Barzahlung durch den Steuerpflichtigen selbst. 2. Die indirekte Barzahlung durch eine Mittelperson. 3. Die Stempelabgaben. 4. Das Enregistrement.	
II.	<b>Die allgemeinen Grundsätze des Steuerwesens</b> . . . . .	144—189
§ 1.	<i>Die finanztechnische Benutzung des Steuerfonds</i> . . . . .	144
	Der Steuerfonds und die wirtschaftlichen Prozesse. Ablehnung der einzigen Steuer als Mittel zur Lösung des Steuerproblems. Die dogmengeschichtliche Bedeutung. Einwände gegen die Einsteuer. Die Vielheit von einzelnen Steuern. Der Entwicklungsgang: Der materielle Zwang, der Rechtsgedanke, wirtschaftliche Rücksichten, Fortschritte von Sitte und Gesittung. Die Folgewirkung: Notwendigkeit allgemeiner oder oberster Grundsätze der Besteuerung. Die einzelnen Steuergrundsätze. Bedeutung.	
§ 2.	<i>Die Steuer als finanzwirtschaftliche Erscheinung</i> . . . . .	150
	Die Grundsätze des Steuerzweckes (die finanzpolitischen Prinzipien): 1. Die Zulänglichkeit der Steuer. 2. Die Entwicklungsfähigkeit oder Beweglichkeit der Steuer. 3. Die Bestimmtheit der Steuer. Einfachheit. 4. Die Bequemlichkeit der Steuer. 5. Das Streben nach den geringsten Erhebungskosten.	
§ 3.	<i>Die Steuer als volkswirtschaftliche Erscheinung</i> . . . . .	154
	Die Grundsätze der Volkswirtschaft: I. Die Wahl der Steuerquelle: 1. Die dauernde Steuerquelle. 2. Die unperiodisch auswertbare Steuerquelle. II. Die Benutzungsart der Steuerquelle: Die Relativität der Steuer. Das Gesetz der wachsenden Zunahme der Staatszwecke und die Vermehrung der Steuern. Die Grenzen der Besteuerung und der Grad der Überschuldenzeugung. Steuer und Produktionskosten. Produktion und Besteuerung. Nebenwirkungen der Steuer und sozialpolitisches Prinzip. III. Die Person des Steuerpflichtigen: 1. Die physischen Personen. 2. Die nichtphysischen Personen (Staat und öffentliche Körper, Personenvereine, Stiftungen). 3. Die Steuersubjekte bei der Gemeindebesteuerung.	
§ 4.	<i>Die Lehre von der Steuerüberwälzung</i> . . . . .	170
	Begriff und Wesen der Steuerüberwälzung. 1. Die Abwälzung oder Steuereinholung. 2. Die eigentliche Überwälzung: a) Fortwälzung. b) Rückwälzung. c) Beabsichtigte Überwälzung. d) Unbeabsichtigte Überwälzung. Die Resultate der Überwälzungsvorgänge. Steuerbelastungs- und Steuerentlastungskämpfe.	
§ 5.	<i>Die Steuer als sozialetische und rechtliche Erscheinung</i> . . . . .	178
	Die Grundsätze der Gerechtigkeit. I. Die Gesetzmäßigkeit der Steuer. II. Die Allgemeinheit der Steuer. Die Steuerfreiheiten. III. Die Gleichmäßigkeit der Steuer. Allgemeines. I. Bei der Erwerbsbesteuerung: 1. Proportionalität	

und Progression. 2. Die materielle Doppelbesteuerung. 3. Abstufung der Leistungsfähigkeit. II. Bei den Aufwandsteuern. Methoden.

<b>III. Der Differenzierungsprozess und der systematische Aufbau der modernen Steuersysteme . . . . .</b>	<b>190—216</b>
§ 1. <i>Die allgemeinen Entwicklungsepochen der Besteuerung . . . . .</i>	190
Ursprung und Entwicklungsbedingungen der Steuer. Die Hauptepochen der Steuerentwicklung: 1. Die ständisch-vertragsmäßige Vereinbarung der Steuern. 2. Die absolutistisch-einseitige Auflegung der Steuern. 3. Die verfassungsmäßig-gesetzliche Ordnung der Steuern. Die modernen Steuersysteme.	
§ 2. <i>Die Einzelwirtschaft als Substrat der Besteuerung . . . . .</i>	199
Die Einzelwirtschaft als Organ zur Vermittelung der Belastung des Volksvermögens und Volkseinkommens. Das leitende Rechtssubjekt und die Vermögens- und Kapitalbestände (der relativ feste und der relativ flüssige Wertbestand). Die Wirtschaft als Produktions-, Verwertungs- und Erwerbsgemeinschaft und als Verwendungs-, Nutzungs- und Verbrauchsgemeinschaft: 1. Der Wirtschaftserfolg als Ertrag und Einkommen. 2. Der Aufwand und die Aufwandsgliederung. Das System der Erwerbsbesteuerung und das System von Aufwandsteuern.	
§ 3. <i>Das System der Erwerbsbesteuerung . . . . .</i>	205
Die Besteuerung des Wirtschaftserfolgs. 1. Die Ertragssteuern und die Objektivität. 2. Die allgemeine Einkommensteuer und die Subjektivität. 3. Die Vermögensbesitzsteuern. Ihre drei Funktionen. 4. Steuern vom Vermögensübergang. 5. Steuern von der Vermögensübertragung oder die Verkehrssteuern.	
§ 4. <i>Die Aufwandsteuern . . . . .</i>	212
Einteilung: 1. Die Verbrauchs- oder Verzehrungssteuern. Entwicklung und Ausdehnung. Die steuertechnischen Lösungen. Abstufung. Innere Verbrauchssteuern und Zölle. Spezielle Verbrauchssteuern und allgemeine Verzehrungssteuern. 2. Die direkten Aufwandsteuern: Wohnungssteuern und Luxussteuern. 3. Die Nebensteuern: Konzessionsabgaben und Lizenzen. — Übersicht über das System der Aufwandbesteuerung.	
<b>II. Kapitel. Die Erwerbsbesteuerung . . . . .</b>	<b>217—493</b>
<b>I. Die Ertragssteuern . . . . .</b>	<b>217—338</b>
§ 1. <i>Die Entstehung der älteren deutschen Ertragssteuersysteme . . . . .</i>	217
Die älteren rohen Vermögenssteuern. Die Differenzierung in ein System von Vermögensobjektsteuern. Die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit (der einzelnen Vermögensobjekte. Die Vermögenswerte und der Steuerkataster. Der Übergang zur Ertragsfähigkeit der Vermögensobjekte. Die Entstehung der Objekt- und Ertragssteuern: Grund-, (Haus-) und Gewerbesteuer. Preußen, Österreich, Bayern.	
§ 2. <i>Die Rechtsentwicklung in England und Frankreich . . . . .</i>	224
1. England: Das Dänengeld. Die Tallagia. Landsteuern, Auxilia, Scutagium und Carucagium. Zehnte, Fünfzehnte und Subsidies.	

	Seite
Die Monatsanlagen. Neue Steuern. Die Land Tax. Grund-, Haus- und Gewerbesteuern. Weitere Abgaben. 2. Frankreich: Auxilia (Aids) und Exactiones. Die Taille. Die Capitation. Der Vingtième. Das don gratuit.	
§ 3. <i>Die moderne, rationelle Ertragsbesteuerung und ihr Differenzierungsprozess im 19. Jahrhundert</i> . . . . .	229
Die Grundlagen des Differenzierungsprozesses. Die Physiokraten und die Begründung der Objektivität bei den neueren Ertragssteuern. Die Entwicklungsbedingungen: Die wirtschaftlichen Fortschritte und die Spaltung in Einzelerträge. Die Einflüsse des Revolutionszeitalters. Der zunehmende Staatsaufwand. Steuertheorie und Steuerrecht in der staatsbürgerlichen Periode.	
§ 4. <i>Die Merkmale der modernen, rationellen Ertragsbesteuerung</i> . . . . .	236
1. Das Prinzip der Objektivität. 2. Die Annahme von Durchschnitten. 3. Die äußeren Merkmale. 4. Das Katasterwerk. 5. Die Einschätzung der Erträge. 6. Die Stabilität der Steuerfüße. 7. Der Abzug der Schuldzinsen und Lasten. 8. Der Ausschluß der Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit. Allgemeine Entwicklung des Differenzierungsprozesses.	
§ 5. <i>Der Entwicklungsgang in den modernen Kulturstaaten und die Resultate des Differenzierungsprozesses</i> . . . . .	242
1. Frankreich: Die Revolutionsepoche. Grundsteuer. Personal- und Mobiliarsteuer. Die Patentsteuer. Die Tür- und Fenstersteuer. Die partielle Kapitalrentensteuer. Die Gebäudegrundsteuer. Bergwerksabgaben. Taxe der toten Hand. 2. England: Die Einkommensteuer von 1798. Die Land- und Haussteuer. Die allgemeine Vermögens- und Einkommensteuer seit 1842. 3. Deutschland und Österreich-Ungarn: Die Entwicklungsbedingungen. Die Ertragssteuersysteme und die aus Ertrags- und Personalsteuern gebildeten Steuersysteme. Die Rechtsentwicklung in Österreich und Ungarn. 4. Andere Staaten: Belgien, Niederlande, Spanien und Portugal, die Balkanstaaten, Italien, die nordischen Reiche. Die Vereinigten Staaten von Amerika. Südamerika. China und Japan.	
§ 6. <i>Die älteren Ertragssteuerglieder: Grund-, Gebäude-, Gewerbesteuer</i> . . . . .	254
Die Fortbildung und die Durchführung der Objektivität. Reallastartiger Charakter und Abwälzung.	
§ 7. <i>Die Grundsteuer</i> . . . . .	256
1. Umfang. Steuerfreiheiten. 2. Veranlagung. Der Kataster. Geschichtliches. Die verwaltungstechnische Anlage des Katasters. 3. Quotität und Repartition. 4. Die Waldgrundsteuer. Die Resultate der Grundsteuer und ihre Zukunft.	
Gesetzgebung . . . . .	268—275
§ 8. <i>Die Gebäudesteuer</i> . . . . .	275
1. Die Entwicklung der Gebäudesteuer. 2. Umfang. Steuerfreiheiten. 3. Gebäudesteuer und Mietsteuer. 4. Die Steuerformen: Tür- und Fenstersteuer. Hausklassensteuer. Arealsteuer. Mietzinssteuer. Gebäudewertsteuer.	



	Seite
Gesetzgebung . . . . .	280—284
§ 9. <i>Die Gewerbesteuer</i> . . . . .	284
1. Die Entwicklung der Gewerbesteuer. 2. Umfang. Gewerbe- ertrag. 3. Die Gewerbeklassensteuer. 4. Die Besteuerung nach dem Reinertrag.	
Gesetzgebung . . . . .	295—300
§ 10. <i>Spezialgewerbesteuern</i> . . . . .	300
1. Die Lizenzen. 2. Die Wandergewerbesteuer. 3. Die Warenhaus- steuer. 4. Die Bergwerksabgaben. 5. Sondersteuern von gesell- schaftlichen Unternehmungsformen. Die Eisenbahnsteuer.	
§ 11. <i>Die jüngeren Ertragssteuerglieder: Kapitalrenten- und Arbeits-         ertragssteuer</i> . . . . .	313
Die Fortsetzung des Differenzierungsprozesses. Erste Versuche zur Erfassung der Kapitalrenten und des Arbeitsertrags: Die französische Personal- und Mobiliarsteuer. Die bayerische Familiensteuer und die hessische Personalsteuer. Die selbst- ständigen Kapitalrenten- und Arbeitsertragssteuern.	
§ 12. <i>Die Kapitalrentensteuer</i> . . . . .	317
1. Konstruktion und Ausmaß. Kapitalsteuer und Kapitalrenten- steuer. Der Abzug der Schuldzinsen. 2. Deklaration und Ver- anlagung. Die obligatorische Deklaration. Die Anzeigepflicht der Schuldner. Aufrechnung und Kuponsteuer. Die Steuer- sätze. Stellung der Kapitalrentensteuer im Ertragssteuersystem.	
Gesetzgebung . . . . .	320—322
§ 13. <i>Die Arbeitsertragssteuer (Lohn-, Besoldungs-, Berufseinkommen-         steuer)</i> . . . . .	322
Stellung im Steuersystem. 1. Umfang und Funktionen. Aus- füllung von Lücken. 2. Veranlagung und Steuersätze.	
Gesetzgebung . . . . .	326
§ 14. <i>Die Kritik der rationellen Ertragsbesteuerung. Ihre Subjek-         tivierung und ihr Zeretzungsprozess</i> . . . . .	327
Die Grundlagen der Entwicklung. Die Fehlerquellen. 1. Wirt- schaftlich-soziale Veränderungen. 2. Der steigende Finanzbedarf und die Stabilität der Ertragssteuern. 3. Die Fehlerquellen der Objektivität. 4. Mangel an innerer Einheit und Verhältnis- mäßigkeit. 5. Die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit. 6. Die Stellung der Kapitalrenten- und Arbeitsertragssteuer im Ertragssteuersystem. 7. Aufnahme anderweiter Elemente der Subjektivität. — Die Tatsache der Zersetzung der Objektsteuern. Der Fermentations- und Auflösungsprozeß. — Die Zukunft der Ertragssteuern: 1. Die Beibehaltung der Ertragssteuern in modifi- zierter Form. 2. Ihre Überführung in Vermögenssteuern. 3. Ihre Überweisung an Selbstverwaltungskörper.	
<b>II. Die Einkommensteuer</b> . . . . .	<b>339—399</b>
§ 1. <i>Die Kopfsteuer und die älteren Personalsteuern</i> . . . . .	339
Die Personalsteuern und ihre Filiation. Die Erscheinungsformen der älteren Personalsteuern: 1. Die Kopfsteuer. 2. Die Herd-	

	Seite
steuer und die verwandten der älteren (personalen) Vermögenssteuern. 3. Die abgestuften Personalsteuern.	
§ 2. <i>Die Uebergänge: Die Klassensteuern</i> . . . . .	345
Entstehung der Klassensteuern aus der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuersubjekte. Die äußeren Merkmale. Die zwei Typen: 1. Die eigentliche Klassensteuer. 2. Die einkommensteuerartige Klassensteuer. Ältere Einkommensteuern. Beurteilung.	
§ 3. <i>Die Einkommensteuer. Entstehung und Entwicklungsformen</i> . . . . .	349
Begriff der Einkommensteuer. Hauptmerkmale: Allgemeinheit und Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. — Entstehung: 1. aus der Fortbildung der älteren Personalsteuern. 2. aus der Subjektivierung der rationellen Ertragsbesteuerung. — Entwicklungsformen: 1. Einkommensteuern mit unmittelbarer Feststellung des Gesamteinkommens. 2. Einkommensteuern als System einzelner Einkommensteuerpartialen. 3. Einkommensteuern als subjektive Ergänzungen der Ertragssteuersysteme.	
§ 4. <i>Die Rechtsgeschichte in den deutschen Staaten und in Oesterreich</i> . . . . .	356
1. Preußen. 2. Sachsen. 3. Württemberg. 4. Baden. 5. Hessen. 6. Die Personalsteuern in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten (Personal- und Klassensteuern; Klassen- und Einkommensteuern, allgemeine Einkommensteuern.) 7. Österreich. — Ungarn.	
§ 5. <i>Der geltende Rechtsstand der Einkommensteuer in den deutschen Staaten und in Oesterreich</i> . . . . .	373
I. Die Steuersubjekte: 1. Die Steuerpflicht. 2. Die Steuersubjekte. Die physischen Personen. 3. Die nichtphysischen Personen. 4. Die subjektiven und objektiven Steuerbefreiungen. (Landesfürst, fremde Gesandte, Militärpersonen, Anstalten und Stiftungen, Fiskus. — Existenzminimum, ausländischer Grund-, Gebäudebesitz und Gewerbebetrieb, fremde Gehälter und Besoldungen, Armenunterstützungen, Wandergewerbe). — II. Die Steuerobjekte: 1. Das steuerpflichtige Einkommen. 2. Die unperiodischen und außerordentlichen Einnahmen. 3. Feststehende und schwankende Einnahmen. 4. Die besondere Behandlung der Erwerbsgesellschaften. 5. Die Unterscheidung der Einnahmequellen. 6. Die Abzugsposten (Werbungskosten, Schuldzinsen, dauernde Lasten, direkte und indirekte Steuern, Versicherungsprämien). Nichtabzugsfähige Posten. — III. Das Steuerverfahren: 1. Die Feststellung der Steuerpflicht. Die Steuererklärungen. Direkter und indirekter Deklarationszwang. 2. Der Steuertarif. Die Steuersätze. Prozent- oder Klassensystem? Die Degression. 3. Ermäßigung und Erhöhung der Steuersätze. Größe der Familie. Die Leistungsfähigkeit schmälernde Umstände. Jugend und Alter. — Besoldungen und Dienstbezüge. Fundiertes Einkommen.	
§ 6. <i>Die Einkommensteuer in England und in Italien</i> . . . . .	393
1. England. Charakter der englischen Einkommensteuer. Die Schedules A-E. Die Steuersätze. Reformpläne. 2. Italien.	

	Geschichtliches. Die Kategorien A-E. Die Steuersätze und ihre Anwendung.	
§ 7.	<i>Einkommensteuern in anderen Staaten</i> . . . . .	398
	Die Einkommensteuer in den Schweizer Kantonen und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Russische und französische Projekte.	
III.	Die <b>ergänzenden Vermögenssteuern</b> . . . . .	399—447
§ 1.	<i>Die Entwicklung der Vermögenssteuern</i> . . . . .	399
	Allgemeines. Die drei Entwicklungsepochen: 1. Die älteren, selbstständigen Vermögenssteuern. 2. Die Vermögenssteuer als Kriegsteuer. 3. Die Vermögenssteuer als Ergänzungssteuer.	
§ 2.	<i>Die beiden steuerpolitischen Funktionen des Vermögens</i> . . . . .	404
	Der Vermögensbegriff und seine steuerpolitische Bedeutung. Die „Vermögenssteuern“ i. e. S. als Steuern vom Kapital. 1. Die Steuern vom Vermögensbesitz: reelle und nominelle Vermögenssteuer. 2. Steuern vom Vermögensübergang; a) als Vermögensübergang i. e. S. (passiver Verkehr): Erbschafts-, Schenkungs-, Wertzuwachssteuern. b) als Vermögensübertragung (aktiver Verkehr): Verkehrssteuern (Umsatzsteuern und Steuern vom Wertverkehr).	
§ 3.	<i>Die Vermögenssteuern. Allgemeine Grundlagen</i> . . . . .	406
	1. Die Vermögens- oder Ergänzungssteuern. 2. Außerordentliche Vermögenssteuern in Notzeiten: a) als einzelwirtschaftlich-reelle Vermögenssteuer; b) als volkswirtschaftlich-reelle Vermögenssteuer.	
§ 4.	<i>Die deutschen Ergänzungssteuern</i> . . . . .	410
	Einführung und Rechtsgebiet. Ihr System: 1. Die Steuersubjekte. 2. Die Steuerobjekte. 3. Das Steuerverfahren. Deklarationszwang und Steuertarif.	
§ 5.	<i>Die badische Vermögenssteuer vom 28. September 1906</i> . . . . .	412
	Entstehung und Stellung im Steuersystem. 1. Die Steuersubjekte. 2. Die Steuerobjekte. 3. Das Steuerverfahren.	
§ 6.	<i>Die Vermögenssteuern im Ausland</i> . . . . .	415
	1. Die Niederlande. 2. Schweizer Kantone. 3. Einzelstaaten der nordamerikanischen Union.	
§ 7.	<i>Die Erbschafts- und Schenkungssteuern</i> . . . . .	420
	1. Die Begründung der Erbschaftssteuer. 2. Die steuertechnische Durchführung: a) Die Bereicherungsabgabe. b) Die Handveränderungsabgabe. Befreiungen. Steuerprogression. 3. Die Schenkungssteuern. 4. Die Steuer der toten Hand oder das Steueräquivalent.	
§ 8.	<i>Die Reichserbschaftssteuer vom 3. Juni 1906</i> . . . . .	427
	Anhang: Die vormaligen einzelstaatlichen Erbschaftssteuern . . . . .	431—437
§ 9.	<i>Die Erbschaftssteuern im Ausland</i> . . . . .	438
	1. Österreich. 2. Frankreich. 3. England. — Andere Staaten.	
§ 10.	<i>Die Wertzuwachssteuer</i> . . . . .	442
	Begriff und Wesen. Steuerpolitische Funktion. Steuertechnik:	

	1. Beschränkung auf den städtischen Grundbesitz und industriellen Boden. 2. Zusammenhang mit den kommunalen Finanzen. 3. Begrenzung des Wertzuwachses. 4. Steuersubjekt, Steuerobjekt; Steuersätze. 5. Materialien zur Wertzuwachssteuer.	
<b>IV. Die Verkehrssteuern</b>		<b>448—493</b>
§ 1. <i>Wesen und Begründung der Verkehrssteuern</i>		448
	Der Ausdruck Verkehrssteuern und seine Bedeutung. Die Begründung der Verkehrssteuern. Abstammlinge der Vermögenssteuern. Funktionen bei der Erwerbsbesteuerung. Unterschied von den Gebühren und Aufwandsteuern.	
§ 2. <i>Die dogmengeschichtliche Entwicklung</i>		453
	Die älteren Auffassungen: v. Jacob, v. Malchus. Die Franzosen. Rau und Alexander Meyer. Esquirov de Parieu, Leroy-Beaulieu und Besobrasof. Die Lehre Stein's und ihre Schicksale. Ihre Fortbildung in der neueren Literatur: Wagner. — v. Bilinski. — Schall, Conrad, Eheberg. — Kleinwächter. — Schäffle. Vocke. Cohn. Hausmann.	
§ 3. <i>Die Arten und die Erhebung der Verkehrssteuern</i>		457
	Einteilung: 1. Umsatzsteuern. 2. Steuern vom Wertverkehr oder Schriftensteuern. — Die Erhebungsformen: 1. Direkte Erhebung mit Barzahlung. 2. In Stempelform. 3. Als Registerabgaben oder Enregistrement.	
§ 4. <i>Die Stempelabgaben und Stempelsteuern</i>		459
	Der Stempel als Erhebungsform im Allgemeinen. Die Formen: 1. Stempelbogen oder Blankette. 2. Stempelmarken. 3. Die direkte Abstempelung. — Die Arten: 1. Fixstempel. 2. Klassenstempel. 3. Dimensions- oder Raumstempel. 4. Gradationsstempel: a) Proportional- oder Prozent-; b) Progressiv- oder wachsender Stempel. 5. Der einfache und der klassifizierte Wertstempel. Stempelverwaltung und Stempelkontrollen.	
	Geschichtliches und Gesetzgebung	463—467
§ 5. <i>Registerabgaben oder Enregistrements</i>		467
	Allgemeine Gesichtspunkte. Das französische Enregistrement: 1. Allgemeine Grundlagen. 2. Geschichtliche Entwicklung. 3. Die verwaltungstechnische Einrichtung des Enregistrements: 1.) Die festen Abgaben. 2.) Die verhältnismäßigen Abgaben. 3.) Die abgestuften Abgaben. 4.) Die Umsatzabgabe. 5.) Die Hypothekengebühren. — Andere Staaten.	
§ 6. <i>Die Umsatzsteuern</i>		475
	1. Die Besitzwechselabgaben oder die Umsatzsteuern i. e. S. 2. Die Steuern von Kauf- und Anschaffungsgeschäften oder die Börsensteuer. Allgemeine Lehren: 1.) Die Emissionssteuer. 2.) Die Wertübertragungs- oder Kapital-Umsatzsteuer. 3.) Die Schlußnotensteuer. 4.) Die Kontingentierungssteuer. 5.) Die Lotteriesteuer. Die Kontrollen. — 3. Allgemeine Verkaufssteuern.	
	Gesetzgebung	480—483

	Seite
§ 7. <i>Die Steuern vom Wertverkehr oder die Schriftensteuern</i> . . . . .	483
1. Rechnungs-, Quittungs- und Wechselstempel. Sonstige Schriftensteuern. 2. Die Transportsteuern. Allgemeines. a) Die Wege-, Brücken- und Fahrzeugsabgaben. Geschichtliches und Gesetzgebung. Die Fahrzeugsabgaben. b) Die Eisenbahntransportsteuern.	
Gesetzgebung . . . . .	491—493
Sachregister . . . . .	494—501
Namenregister . . . . .	502—506

LEHRBUCH  
der  
FINANZWISSENSCHAFT

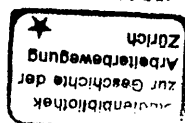
von  
Dr. Max von Heckel,  
ö. o. Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität  
zu Münster.

Zweiter Band.



LEIPZIG,  
VERLAG VON C. L. HIRSCHFELD.

1911.



901-02

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort . . . . .	III—IV
Drittes Buch. Die Steuern. (Fortsetzung) . . . . .	1—295
III. Kapitel. Die Aufwandsteuern . . . . .	1—295
I. Geschichte und Differenzierungsprozess der Aufwandsteuern . . . . .	1—58
§ 1. <i>Entstehung und Ausbildung der Aufwandsteuern</i> . . . . .	1
Die Ausgabewirtschaft als Ausgangspunkt für die Besteuerung. Aufwand und Einkommen. Gliederung: 1. Zölle. 2. Innere Verbrauchssteuern. 3. Steuermonopole.	
§ 2. <i>Die Entwicklung der Accisen und der älteren Aufwandbesteuerung in den deutschen Staaten, in England und Österreich</i> . . . . .	14
Die Accise und ihr Geltungsbereich. Das Accisesystem in Brandenburg-Preußen. Die Accise in Sachsen. Accisen in Bayern, Württemberg und Baden. — Die Excise in England. Die ältere Aufwandbesteuerung in Österreich.	
§ 3. <i>Die ältere französische Aufwandbesteuerung</i> . . . . .	20
Die Getränkesteuern, besonders die Weinstener. Die Salzsteuer. Die Tabaksteuer und das Tabakmonopol.	
§ 4. <i>Die Steuerformen der Aufwandsteuern</i> . . . . .	22
Indirekte Erhebung. Steuerzahler und Steuerträger. Steuerüberwälzung. — Die einzelnen Steuerformen: I. Die Produktionssteuern: 1. Rohstoff- und Materialsteuern. 2. Fabrikations- und Verarbeitungssteuern. Abfindung und Pauschalierung. 3. Halbfabrikatsteuern. 4. Fabrikat-, Produktsteuern oder Verbrauchsabgaben. II. Die Zirkulations- oder Umsatzsteuern: 1. Die Transportsteuern. 2. Die Handelssteuern. III. Die Monopole oder Steuermonopole. Die Nebenformen: 1. Abfindung oder Abonnement. 2. Lizenzen.	
§ 5. <i>Finanzzölle (Steuerzölle), Steuerrückvergütung und Ausfuhrprämien</i> . . . . .	31
Steuerzölle als Ersatz oder Ergänzung der Aufwandsteuern. Steuerrückvergütung und Ausfuhrprämien. — Arten: 1. Beabsichtigte und unbeabsichtigte Ausfuhrprämien. 2. Offene und verschleierte Ausfuhrprämien. 3. Unbegrenzte und begrenzte Ausfuhrprämien.	
§ 6. <i>Die Bedeutung der Aufwandsteuern und ihre Stellung im Steuersystem</i> . . . . .	34
Die Grundlage; Messung der Leistungsfähigkeit nach dem Aufwand. Bedeutung. — Begründung: Zusammenhang mit der Erwerbsbesteuerung. Ausfüllung von Lücken. Ersatz für andere Steuern.	

	Ihre finanzielle Ergiebigkeit und Steigerungsfähigkeit. — Die Anwendung der Progression. Mittel und Grenzen. — Mittelbare Erhebung: Die Überwälzbarkeit. Der Zeitpunkt der Erhebung. Die Wahl der Steuerform. Die Technik der Aufrechnung. — Belästigung von Produktion und Verkehr. Verstöße gegen die allgemeinen Steuerprinzipien. Abschließende Ergebnisse.	
§ 7.	<i>Die neuere Entwicklung der Aufwandsteuern in den wichtigsten Ländern</i> . . . . .	45
	1. Die deutschen Staaten und das Deutsche Reich. Preußen. Bayern. Sachsen. Württemberg. Baden. Hessen. Der Deutsche Zollverein. Der Norddeutsche Bund und das Deutsche Reich.	
	2. Das Ausland. Österreich - Ungarn. Frankreich. England. Italien. Rußland. Spanien. Nordische Reiche. Belgien und Holland.	
II.	Die inneren Verbrauchssteuern . . . . .	53—250
	1. Die Getränkesteuern . . . . .	53—143
§ 1.	<i>Die Getränkesteuern im Allgemeinen.</i> . . . . .	53
	Allgemeines. Hohe finanzielle Leistungsfähigkeit. Vorzüge und Bedenken der Getränkesteuern.	
§ 2.	<i>Das Bier und seine Besteuerung: Technik, Geschichte und Steuerformen</i> . . . . .	55
	Das Bier und die Technik seiner Bereitung. Geschichtliches über Bier und Bierbereitung. — Die Biersteuern. Ihr Auftreten und ihre Entwicklung. Ihre Arten: I. Die Rohstoffsteuern: 1. Hopfensteuern. 2. Malzsteuern (Vermahlungs- und Maischsteuer). II. Die Verarbeitungs- oder Fabrikationssteuern: 1. Maischbottichsteuer. 2. Kesselsteuer. 3. Kesselsteuer mit Würzkontrolle. III. Halbfabrikatsteuer: Würzsteuer. IV. Fabrikat- oder Faßsteuer.	
§ 3.	<i>Die Biersteuern in den einzelnen Ländern</i> . . . . .	62
	1. Deutsches Reich. Die Steuergebiete: Die Reichs- oder Norddeutsche Brausteurgemeinschaft. Entwicklung der Gesetzgebung. Das geltende Recht. — Der bayerische Malzaufschlag. Württemberg. Baden. Elsaß-Lothringen. — 2. Österreich-Ungarn. — 3. England. — 4. Andere Länder: Italien. Belgien. Holland. Norwegen. Dänemark. Schweden. Vereinigte Staaten von Amerika.	
§ 4.	<i>Der Branntwein und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Brennerei</i> . . . . .	76
	Die Alkoholgewinnung und ihre Technik. Der Trinkbranntwein. Die Reinigungsfrage. — Die Anfänge der Branntweinbrennerei. Die Weindestillation. Die Korn- und Kartoffelbranntweinbrennerei. — Die Bedeutung der Brennerei für die Landwirtschaft	
§ 5.	<i>Die Branntweinsteuern. Das Branntweinmonopol</i> . . . . .	80
	Die Steuerformen: I. Die Rohstoff- oder Materialsteuern: 1. Materialsteuer i. e. S. 2. Materialertragssteuer. 3. Würzsteuer. 4. Würzeertragssteuer. — II. Die Verarbeitungs- oder Fabrikationssteuern: 1. Maischraum- oder Maischbottichsteuer.	



2. Pauschalierungssteuer. — III. Die Produkt- oder Fabrikatsteuern: 1. Produkt- oder Lagersteuer. 2. Konsum- oder Verbrauchsabgabe. 3. Schank- oder Kleinverkaufsabgabe. Tendenz der Entwicklung. — IV. Mittelbare Erhebungsformen: 1. Allgemeine Abfindungen. 2. Lizenzen. — V. Das Branntweinmonopol: Wesen und Einrichtung. Die Voraussetzungen. Arten: Vollmonopol und Teilmonopole. Universalmonopol.	
§ 6. <i>Rückvergütung, Vergällung und Prämien</i> . . . . .	56
Ausfuhr und Rückvergütung. — Steuerfreie Verwendungsarten von Branntwein. Vergällung oder Denaturierung. — Ausfuhrprämien. Direkte oder beabsichtigte Ausfuhrprämien. — Inlandsprämien.	
§ 7. <i>Die Branntweinsteuergesetzgebung im Deutschen Reich</i> . . . . .	89
1. Die geschichtliche Entwicklung. — 2. Das geltende Steuerrecht: 1.) Die Verbrauchsabgabe. 2.) Die Arten der Brennereien und das Kontingent. Die Liebesgabe. 3.) Die Betriebsaufgabe. 4.) Durchschnittsbrand und Überbrand. 5.) Vergällung und Vergütung. 6.) Übergangsabgabe und Zoll. 7.) Die Essigsäureverbrauchsabgabe.	
§ 8. <i>Die Branntweinsteuern im Auslande</i> . . . . .	102
1. Österreich-Ungarn. Geschichtliches. Das Propinationsrecht. Die Steuerformen: 1.) Die Konsumsteuer. 2.) Die Produktionssteuer. 3.) Die Schanksteuer. 4.) Der Zoll. Ungarn. — 2. England. Geschichtliches. Die Steuerformen: 1.) Die Fabrikatsteuer. 2.) Die Lizenzen. 3.) Der Eingangszoll. — 3. Italien: Fabrikat- und allgemeine Verzehrssteuer. — 4. Rußland. Geschichtliches. Die Steuerformen: 1.) Fabrikatsteuer (Branntweinaccise). 2.) Das Handelsmonopol. Finnland. — 5. Das schweizerische Alkoholmonopol. 6. Andere Länder: Vereinigte Staaten von Amerika. Belgien, Holland, Spanien, skandinavische Reiche.	
§ 9. <i>Wein und Weinsteuer</i> . . . . .	120
1. Wein und Weinbau. Technisches. Die Verbreitung des Weinbaus in den verschiedenen Ländern. — 2. Die Weinsteuer. Allgemeines und Geschichtliches. Die Steuerformen: 1.) Die Produktions- oder Fabrikatsteuer (Flächensteuer, Keltersteuer). 2.) Die Transport- oder Zirkulationssteuern (Versandsteuer, Einlagesteuer, Torsteuer). 3.) Die Handelssteuern (Schanksteuern, Lizenzen).	
§ 10. <i>Die Weinsteuer in den einzelnen Ländern</i> . . . . .	127
1. Deutsches Reich. Ältere Verhältnisse und Reichssteuerpläne. Die Schaumweinsteuer. Weinzölle. — Einzelstaatliche Weinsteuern (Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen). — 2. Österreich-Ungarn. — 3. Andere Staaten: England, Italien, Belgien, Niederlande, Spanien, Nordische Staaten, Vereinigte Staaten von Amerika.	

	Seite
Kleinere Aufwandsteuern: Essigsteuern. Steuern auf kohlen- saure Wasser.	
§ 11. <i>Die Getränkesteuern in Frankreich</i> . . . . .	132
1. Geschichtliche Entwicklung. — 2. Die Weinsteuer. — 3. Die Branntwein- und Alkoholsteuer. — 4. Die Biersteuer. — 5. Die Lizenzen. — 6. Die Oktroigesetzgebung.	
2. Die Verzehrungssteuern . . . . .	143—198
§ 12. <i>Die Steuern auf Mehl und Fleisch</i> . . . . .	143
Vorbemerkung. — Steuern auf Mehl und Fleisch: 1. Bedeutung und Steuerformen. Einfuhrzölle. Die Mahl- und Schlacht- steuer. Die Steuerformen. — 2. Die geltenden Fleisch- steuer in Sachsen und Baden. — 3. Österreich-Ungarn. — 4. Aufgehobene Mahl- und Schlachtsteuern: 1.) Die vormalige preußische Mahl- und Schlachtsteuer. 2.) Die Vieh- accise in Württemberg (bis 1821). 3.) Die ehemalige italieni- sche Mahlsteuer. — 5. Andere Staaten (Niederlande, Griechen- land).	
§ 13. <i>Das Salz und die Salzsteuer</i> . . . . .	153
1. Das Salz und die technischen Methoden der Salz- gewinnung. Allgemeines. Methoden: 1.) Gewinnung des Stein- salzes. 2.) Salinen- oder Salzsolenbetrieb. 3.) Verdunstung des Meerwassers. Steppen- und Wüstensalz. — 2. Die Salzsteuer und ihre Formen: 1.) Die Produkt- (Fabrikat-) Steuer. 2.) Das Salzmonopol. 3.) Die Salzzölle. — Die geschichtliche Entwicke- lung der Salzsteuern. — 3. Die Salzsteuern in den ein- zelnen Ländern: 1. Das Gebiet der Produktsteuern (Ver- brauchsabgaben): Deutsches Reich. Frankreich. Niederlande. 2. Länder mit Salzmonopolen: Österreich-Ungarn. Italien. Ru- mänien. Serbien. Griechenland. Türkei. China. Japan. Schweizer Kantone. Montenegro. Britisch-Indien. 3. Länder mit Salz- zöllen: Dänemark. Norwegen. Portugal. Rußland. Vereinigte Staaten von Amerika. Neufundland. Spanien. Peru. 4. Län- der ohne Salzsteuer: England. Belgien. Schweden.	
§ 14. <i>Der Zucker und seine Besteuerung</i> . . . . .	163
1. Zucker und Zuckergewinnung: Geschichtliches. Rohr- und Rübenzucker. Die Entwicklung der Rübenzuckerindustrie. Konsumverhältnis von Rohr- und Rübenzucker. — 2. Die Steuerformen: 1.) Die Rohstoff- oder Rübengewichtssteuern. 2.) Die Steuern nach der Leistungsfähigkeit der Fabrikations- einrichtungen (Fabrikations- oder Verarbeitungssteuern). 3.) Halb- fabrikat- oder Saftsteuern. 4.) Die Fabrikatsteuer oder Ver- brauchsabgabe. Andere Steuerformen: Zuckerm monopol. Rüb- qualitäts- und Melassesteuer. Abfindungen oder Abonnements. Die Kontingentierung und die Betriebssteuer. 5.) Der Zucker- zoll. Der Prämienzuschlagzoll.	
§ 15. <i>Die Ausfuhrprämien und die Entwicklung der Prämienpolitik</i>	170
Bedeutung der Ausfuhrprämien bei der Zuckersteuer. Unbeab- sichtigte, beabsichtigte (verschleierte und-offene), unbegrenzte	

	Seite
und begrenzte Prämien. — Die Ausbildung der Prämienwirtschaft und ihre Bekämpfung durch internationale Konventionen. Erste Ansätze 1864, 1875 u. 1876. Die Londoner Konvention vom 30. August 1888 und ihr Mißerfolg. Die internationale Zuckerkonferenz in Brüssel (1898—1902) und die internationale Zuckerkonvention vom 5. März 1902. Ihr Inhalt. Ihre Verlängerung durch die Zusatzakte vom 28. August 1908. Stellung Englands. Die allgemeine Bedeutung.	
§ 16. <i>Die Zuckersteuergesetzgebung in den einzelnen Ländern</i> . . .	175
1. Deutsches Reich. Geschichtliche Entwicklung: Die Zuckersteuer im Deutschen Zollverein und im Deutschen Reich bis 1898. Die Gesetzgebung vom 9. Juli 1887 und 31. Mai 1891. Die Gesetze vom 27. Mai 1896, 6. Januar 1903, 19. Februar 1908. — 2. Österreich-Ungarn. — 3. Frankreich. — 4. Rußland. — 5. Andere Staaten.	
§ 17. <i>Die Süßstoffgesetzgebung</i> . . . . .	188
Kleinere Aufwandsteuern: Zichoriensteuern. Korinthen- und Feigensteuer . . . . .	192
3. Steuern auf andern Verbrauchsgütern . . . . .	193—246
§ 18. <i>Tabak, Tabakbau und Tabakfabrikation</i> . . . . .	193
Der Tabak, seine Herkunft und sein Verbrauch. Geschichtliches. Die Tabakverbote. — Der Tabakbau und seine Verbreitung. Die Technik seiner Bearbeitung. Die Betriebsformen der Tabakindustrie. Ihre Bedeutung.	
§ 19. <i>Die Tabaksteuern. Das Tabakmonopol</i> . . . . .	198
1. Geschichtliche Entwicklung: Ablösung der Tabakverbote durch Tabaksteuern. Die älteren und neueren Tabakmonopole. — 2. Die Tabaksteuern. Allgemeine Grundlagen: Beliebtheit des Tabaks als Steuerobjekt. Vorzüge und Bedenken. Die Einrichtung der Tabaksteuer (innere Verbrauchssteuern. Monopol, Steuerzölle). Bedeutung der Steuerbelastung durch Tabaksteuern. — 3. Die Rohstoffsteuern und die Fabrikatsteuer: 1.) Die Flächensteuer. 2.) Die Pflanzensteuer. 3.) Die Gewichtssteuer. 4.) Die Fabrikatsteuer oder Verbrauchsabgabe (Fakturensteuer, Banderolensteuer). — 4. Tabakzölle und Nebenformen der Tabaksteuer. Ergänzungszölle und eigentliche Steuerzölle. — Nebenformen: 1.) Die Lizenzen. 2.) Die Handelssteuer. — 5. Das Tabakmonopol: Anwendbarkeit und Arten des Monopols (Teilmonopole, Vollmonopol). Eigene Regie und Verpachtung. Beurteilung: 1.) Die ökonomisch-technischen Leistungen. 2.) Die fiskalische Leistungsfähigkeit. Abschließendes Urteil.	
§ 20. <i>Die Besteuerung des Tabaks in den einzelnen Ländern</i> . . .	214
I. Länder mit Rohstoff- und Fabrikatsteuern: 1. Deutsches Reich: Geschichtliche Entwicklung. Geltendes Recht: 1.) Die Tabaksteuer (Gewicht- und Pflanzensteuer, Tabakzoll, Zollzuschlag für Tabak und Zigarren). 2.) Die Zigarettensteuer (Zigaretten, Zigarettenstabak). — 2. Belgien: Gewichts-	

steuer. — 3. Rußland: Fabrikatsteuer (Accise), Lizenzen (Patentsteuer). Tabakzoll. — 4. Vereinigte Staaten von Amerika: Entwicklung. Fabrikatsteuer (Verbrauchsaccise). Tabakzölle. — II. Länder mit Tabakmonopolen: 1. Österreich-Ungarn. 2. Frankreich. 3. Italien. Andere Monopolstaaten. — III. Länder mit Tabakverzollung: England: Tabakzoll und Excise. Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz.	
§ 21. <i>Beleuchtungsmittel und Zündwaren</i> . . . . .	230
Allgemeines. Steuerformen. I. Besteuerung der Beleuchtungsmittel: 1. Ölsteuern und Petroleumzoll: Deutsches Reich. Frankreich. Rußland. 2. Stearin- und Kerzensteuern: Frankreich (England). — 3. Gas- und Elektrizitätssteuer: Steuerpläne im Deutschen Reich. Italien. — 4. Leuchtmittelsteuer: Deutsches Reich. — II. Besteuerung der Zündwaren: 1. Fabrikatsteuer oder Verbrauchsabgabe: Deutsches Reich. Italien. Rußland. — 2. Zündhölzlermonopol: Frankreich. Spanien. Portugal. Rumänien. Serbien. Griechenland.	
Kleinere Aufwandsteuern: . . . . .	241
1. Besteuerung des Schießpulvers. 2. Seifensteuer. 3. Papiersteuer. 4. Kalender-, Zeitungs- und Anzeigesteuern. 5. Spielkartenstempel.	
4. Die allgemeinen Verzehrungssteuern . . . . .	246—250
§ 22. <i>Entwicklung und Aufbau</i> . . . . .	246
Allgemeines. Formen und Steuertarif.	
§ 23. <i>Die Verzehrungssteuern in Österreich und der Dazio di consumo in Italien</i> . . . . .	247
III. <i>Zölle</i> . . . . .	250—280
§ 1. <i>Wesen und Arten der Zölle</i> . . . . .	250
Begriff und Charakter der Zölle. Die Nebenabgaben des Zollwesens. — Die Arten der Zölle: 1. Finanz- und Steuerzölle. 2. Schutzzölle. 3. Binnen- und Grenzzölle. 4. Einfuhr-, Durchfuhr-, Ausfuhrzölle. 5. Staatliche, gemeindliche und private Zölle. 6. Wert- und Maßzölle. 7. Rückzölle und Unterscheidungszölle.	
§ 2. <i>Zollrecht und Zolltarif</i> . . . . .	258
1. Zollrecht und Zollregal. Wesen und Inhalt des Zollrechts. Zollgebiet. Zollausschlüsse und Zollanschlüsse. 2. Der Zolltarif. Allgemeines. Arten: General- und Konventionaltarif. Maximal- und Minimaltarif. Einrichtung der Zolltarife.	
§ 3. <i>Zollerhebung, Niederlageverkehr und Zolkredit</i> . . . . .	263
Entstehung der Zollpflicht. Spezielle und generelle Deklaration. Erledigung des Zollverfahrens. — Der Niederlageverkehr: Öffentliche Lager. Privatlager (Transit-, Teilungs-, Kredit-, Konten- und Freilager). — Zolkredit: im weiteren und engeren Sinne. „Eiserner“ Zolkredit.	
§ 4. <i>Der verwaltungstechnische Vollzug der Verzollung</i> . . . . .	267
1. Zolllinie und Grenzbezirk. 2. Zollstraßen und Zollstätten. 3. De-	

	klarationen (spezielle und generelle). 4. Revision und Abfertigung. 5. Das Ansageverfahren. 6. Abfertigung auf Begleitschein. Formen der Begleitscheine. 7. Zollstrafen (Konterbande, Defraudation, Ordnungsstrafen). 8. Zollkartelle. 8. Verjährung und Restitution.	
§ 5.	<i>Der Veredelungsverkehr und sonstige Zollerleichterungen</i> . . . . .	275
	Wesen und Arten des Veredelungsverkehrs. Abwicklung. Finanztechnische und wirtschaftliche Bedeutung. — Einrichtungen des Veredelungsverkehrs: 1. Zollverein und Deutsches Reich. 2. Österreich. 3. Frankreich. — Weitere Zollerleichterungen: 1. Zollerleichterungen im Markt- und Meßverkehr. 2. Retourwaren. 3. Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr. 4. Gesandte und Geschenke eines fremden Staatsoberhaupt.	
<b>IV.</b>	<b>Die direkten Aufwandsteuern</b> . . . . .	280—295
§ 1.	<i>Die direkten Aufwandsteuern im allgemeinen</i> . . . . .	280
	Begriff und Einteilung.	
§ 2.	<i>Die Wohnungs- oder Mietsteuer</i> . . . . .	280
	Begriff und Wesen. Ihr Charakter als Aufwandsteuer und als Zuschlag zur Gewerbe- und Einkommensteuer. Beurteilung. — Gesetzgebung: 1. Großbritannien. 2. Personal- und Mobiliensteuer in Frankreich. 3. Belgien, Niederlande, Rußland.	
§ 3.	<i>Die Luxussteuern</i> . . . . .	286
	Allgemeines und Geschichte. Die älteren Luxussteuern in England, Frankreich, Deutschland und Österreich.	
§ 4.	<i>Die einzelnen Luxussteuern</i> . . . . .	290
	1. Diensthof- und Bedientensteuer. 2. Steuern von geselligen Vereinen. 3. Wagen- und Pferdesteuern. 4. Fahrrad- und Kraftfahrzeugsteuer. 5. Hundesteuer. 6. Nachtigallensteuer. 7. Billardsteuer. 8. Klaviersteuer. 9. Wappensteuer. Haarpudersteuer.	
<b>Viertes Buch.</b>	<b>Staatsvermögen und Staatsanstalten</b> . . . . .	296—359
<b>I.</b>	<b>Die Domänen</b> . . . . .	296—320
§ 1.	<i>Staatsvermögen und Staatsanstalten als Grundlagen der erwerbswirtschaftlichen Einkünfte überhaupt</i> . . . . .	296
	Quellen und Charakter der erwerbswirtschaftlichen Einnahmen. Kapitalanlagen und Finanzvermögen. Prinzip der speziellen Entgeltlichkeit. Die Formen der Bewirtschaftungsweise: 1. Das Konkurrenzsystem. 2. Das System wirtschaftlicher Sonderrechte. 3. Das System des eigentlichen Verwaltungszweckes. Einteilung der erwerbswirtschaftlichen Staatseinkünfte.	
§ 2.	<i>Die Domänen. Geschichtliche Entwicklung</i> . . . . .	299
	1. Domänenbesitz in Deutschland: Reichsdomänen und Territorialdomänen. 2. Frankreich und England. 3. Die deutschen Domänen-Auseinandersetzungen im 18. u. 19. Jahrhundert. Mecklenburg.	
§ 3.	<i>Die Feldgüter und die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe des Staates</i> . . . . .	305
	1. Der Regiebetrieb: Bedeutung und Anwendbarkeit. Die Garantie- oder Gewährsverwaltung. — 2. Das Pachtsystem:	

	Seite
Erbpacht. Zeitpacht. Formen der Verpachtung. — Nebenbetriebe und Nebennutzungen: 1.) Grundherrliche Hebungen und Abgaben. 2.) Weingüter. 3.) Badeanstalten und Mineralquellen. 4.) Moore, Mühlen, Fischereien, Austernbänke, Bernsteinfischerei. — Der Domänenbesitz in den einzelnen Staaten.	
§ 4. <i>Die Veräußerung der Domänen</i> . . . . .	311
Ältere und neuere Auffassung der Theorie. Domänenbesitz und Staatsschulden. Grundsätzliche Beibehaltung der Domänen. Verwendung des Erlöses von gelegentlich veräußerten Domänen.	
§ 5. <i>Die Staatswaldungen und forstlichen Nutzungen</i> . . . . .	314
1. Entstehung und Besitzfrage. Die Veräußerung der Forsten. — 2. Bewirtschaftung und Forstverwaltung. Allgemeines. Versteigerung des Holzes. Verkauf zur Taxe. Verkauf nach Preisvereinbarungen. — 3. Die forstlichen Nebennutzungen.	
§ 6. <i>Bergwerkseigentum, Salinen und Hüttenwerke</i> . . . . .	317
1. Entstehung des Bergwerkseigentums. Das Bergwerksregal und seine Entwicklung. Der privatrechtliche Erwerb. — 2. Die Bewirtschaftung: Der Regiebetrieb. Hüttenwerke. Salinen. Bernsteinmonopol.	
<b>II. Gewerbliche Unternehmungen und Kapitalanlagen</b> . . . . .	321—341
§ 1. <i>Die Staatsfabriken</i> . . . . .	321
Bedeutung und Umfang: 1. Die Porzellanmanufakturen. 2. Teppich- und Tapetenfabriken. 3. Staatsbrauereien. 4. Staatsdruckereien. Monopole.	
§ 2. <i>Handels- und Bankgeschäfte</i> . . . . .	323
Handels- und Bankgeschäfte und der Staat. Regiebetrieb und Beteiligung. Die Ausgabe von Banknoten. — 1. Reine Staatsbanken. 2. Gewinnbeteiligung an Notenbanken. Besteuerung der Notenbanken.	
§ 3. <i>Die Staatslotterien</i> . . . . .	326
Allgemeines und Technik der Lotterien. Stellung des Staates zu den Lotterieunternehmungen. 1. Die Klassenlotterie. 2. Das Zahlenlotto. 3. Die Zinsenlotterie oder die Prämienanleihen. Beurteilung.	
§ 4. <i>Die staatlichen Lotteriebetriebe</i> . . . . .	330
1. Geschichtliches. — 2. Die preußische Klassenlotterie. Die Lotterieverträge. Die übrigen Klassenlotterien. — 3. Das Zahlenlotto in Österreich und Italien.	
§ 5. <i>Kapitalfonds und werbendes Vermögen</i> . . . . .	339
Die Kapitalfonds als Objekte der Finanzwirtschaft: Vorübergehende Anlagen, Korrespondentendepots, durchlaufende Zahlungsverbindlichkeiten.	
<b>III. Die erwerbswirtschaftlichen Verkehrsanstalten</b> . . . . .	341—357
§ 1. <i>Die Staatseisenbahnen</i> . . . . .	341
Die Bewirtschaftungsfrage. Die Einkünfte des Staates aus den Eisenbahnen: 1. Beteiligung am Reingewinn privater Unternehmungen. 2. Die Verpachtung staatlicher Eisenbahnlinien oder die Delegation. 4. Der Regiebetrieb der Staatsbahnen. Der	

	Seite
fiskalische Standpunkt und die leitenden Grundsätze. Die Staatsbahnsysteme und die Finanz- und Eisenbahngemeinschaften.	
§ 2. <i>Die Staatsbahnsysteme</i> . . . . .	347
Die ältere deutsche Eisenbahnpolitik und das Reichseisenbahnprojekt. 2. Die preußischen Staatsbahnen. Geschichtliche Entwicklung und Ausdehnung. 3. Die Staatsbahnsysteme der deutschen Mittelstaaten. 4. Die Eisenbahnpolitik in Österreich-Ungarn.	
Anhang: Überblick über die Eisenbahnsysteme in andern Ländern . . . . .	355
§ 3. <i>Dampfschiffe und elektrische Anlagen</i> . . . . .	356
IV. <b>Die nicht erwerbswirtschaftlichen Staatsanstalten</b> . . . . .	357
Allgemeiner Charakter. Die einzelnen Staatsanstalten: 1. Die Post- und Telegraphenverwaltung. 2. Kanäle und Schiffahrtsstraßen. 3. Die Münzverwaltung. 4. Verkauf von Gesetzblättern und amtlichen Drucksachen. 5. Landwirtschaftliche und gewerbliche Musteranstalten.	
Fünftes Buch. <b>Die Staatsschulden</b> . . . . .	360—522
I. <b>Die materiellen Grundlagen des Staatskredits</b> . . . . .	360—387
§ 1. <i>Die Deckung des Staatsaufwands und die Wahl der Deckungsmittel</i> . . . . .	360
Unterscheidung in ordentliche und außerordentliche Staatsausgaben. Die allgemeinen Grundsätze der Deckung. — Die einzelnen Deckungsmittel: 1. Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer Steuern und Abgaben. 2. Verminderung der Aktiva der Finanzwirtschaft. 3. Vermehrung der Passiva der Finanzwirtschaft oder Aufnahme von Staatsschulden. — Die theoretische und tatsächliche Lösung des Staatsschuldenproblems.	
§ 2. <i>Die Staatsschulden als Kapitalanlagen</i> . . . . .	365
Die Stellung des Staatskredits im Staatshaushalte. Das Präventivprinzip. — Die Kapitalfonds der Staatsanleihen: 1. Aus freien und verfügbaren Kapitalien der heimischen Volkswirtschaft. 2. Aus produktiv angelegten Kapitalien der heimischen Volkswirtschaft. 3. Aus Kapitalien fremder Volkswirtschaften. Die Verschuldung ans Ausland. — Die Kapitalverwendungen der Staatsanleihen: 1. Staatsanleihen zu erwerbswirtschaftlichen Kapitalanlagen. 2. Staatsanleihen zu staatswirtschaftlich produktiven Kapitalanlagen. 3. Staatsanleihen zu außerordentlichen Kapitalanlagen in Notzeiten.	
§ 3. <i>Die Entwicklungsepochen des Staatskredits</i> . . . . .	375
Die zwei Epochen der Entwicklung: 1. Die ältere privatrechtliche und privatwirtschaftliche Grundlage des Staatskredits. 2. Die neuere staatsrechtliche und staatswirtschaftliche Grundlage. — Die Entstehung und der Charakter der modernen Großmachtsverschuldung.	
§ 4. <i>Die Einteilung und die Hauptformen der Staatsschulden</i> . . . . .	379
Die verwaltungsrechtliche (materielle) und die finanztechnische (formelle) Einteilung der Staatsschulden: 1. Die Verwaltungs-	

	schulden. 2. Die Finanzschulden. 3. Die Staatsanleihen oder fundierten Schulden. Allgemeines. a. Freiwillige Anleihen. b. Zwangsanleihen. Kriegskontributionen und Antizipationen. Geschichte. 4. Schwebende oder flottierende Schulden. Allgemeines. Staatspapiergeld und Leibrentenschuld. — Übersicht über die Einteilung der Staatsschulden.	
<b>II. Die Staatsanleihen</b>		387—457
§ 1. <i>Tilgungsschulden und Rentenschulden</i>		387
1. Die zurückzuzahlenden oder Tilgungsschulden. a. Die eigentlichen Tilgungsschulden. b. Lotterie- oder Prämienanleihen. Geschichte und Verbreitung. Gegenwärtige Bedeutung. c. Annuitäten oder Zeitrenten. Die Leibrentenschuld in England und Frankreich. Die Tontinenanleihen. Ihre Anwendung. — 2. Die Rentenschulden. Kündbare und unkündbare oder ewige Renten. Die Entwicklung der Rentenschulden in der neueren Zeit. Die Bewertung der Tilgungs- und Rentenschulden.		
§ 2. <i>Die Verwaltung der Staatsschulden</i>		398
1. Währung, Affidavit und Domizil der Staatsanleihen.		
2. Die Begebung oder Aufnahme der Staatsanleihen: a. Die Unternehmeranleihe. b. Die Submission. c. Die Subskription; d. Inskriptionen in das Staatsschuldbuch. e. Begebung durch Kommissionäre am offenen Markte. Beurteilung. — 3. Nominalzinsfuß und Kurs: 1.) Pari-Emission und nominal hochverzinsliche Anleihen. 2.) Unter- und Über-Pari-Emission a. Anleihen zu einem niedrigeren und b. zu einem höheren Nominalzinsfuß als dem mittleren Zinsfuß. — 4. Briefschulden und Buchschulden. Die Staatsschuldbücher in einzelnen Ländern. — 5. Sicherheit und Sicherheitsbestellung der Anleihen. Die generelle organische und die spezielle formelle Sicherheit. Beispiele. — 6. Weitere Einrichtungen der Staatsschuldenverwaltung: Behörden, parlamentarische Kommissionen, Geschäftsführung durch Banken, Stückgröße, Zinstermine.		
§ 3. <i>Konsolidation und Konversion</i>		412
1. Konsolidation od. Konsolidierung: Wesen, Zweck und Inhalt. — 2. Konversion oder Konvertierung: Herabsetzung des Zinsfußes (Zinsreduktion). Formen der Konversionen: 1.) Ältere Konversionsepoche: a. Zinsreduktion mit gleichzeitiger Erhöhung der Schuldkapitalien (conversion au dessous du pair); b. Konversionen mit gleichzeitiger Neuschaffung von Kapitalien (Herabsetzung des Zinsfußes und Mehrung der Schuldkapitalien (conversion avec soulte) und Erhöhung des Zinsfußes ohne Änderung der Schuldkapitalien oder Arroserung). c. Konversionen mit Minderung des Nominalkapitals bei gleichbleibender Zinslast. — 2.) Die neuere Epoche: Ihre volkswirtschaftlichen u. finanziellen Grundlagen. a. Die Zinsreduktion ohne Veränderung der Schuldkapitalien (conversion au pair). b. Die aufgeschobene od. Staffelkonversion (Goschen-System). — Die Durchführung		



	der Konversionen: 1. Die Form der Konversion. 2. Die Festsetzung der Termine. 3. Die Milderungen und Erleichterungen. 4. Die Kosten. — Die Rechtsfrage und die Zweckmäßigkeit.	
§ 4.	<i>Geschichte der Konversionen</i> . . . . .	424
	1. Deutsche Staaten. Die älteren Konversionen in Preußen und den übrigen deutschen Staaten. Die letzten fünf deutschen Konversionen v. J. 1896/97, ihre Durchführung und ihr Erfolg. — 2. Österreich-Ungarn. Die Zinsreduktion von 1811. Die 1893er und 1903er Konversionen. Ungarn (1874, 1881, 1892, 1902). — 3. England. Konversionen im 18. Jahrh. Die Zinsreduktionen von 1822, 1830, 1834, 1844—1854. Die große Konversionsoperation von Childers u. Goschen von 1888—1903 — 4. Frankreich. Die Versuche mit Konversionen von 1825—1846. Die Konversion der 5prozentigen Renten v. J. 1852. Die conversion avec soule v. J. 1862. Die großen Rentenkonzersionen unter der Dritten Republik in den Jahren 1883, 1887, 1894 und 1903. — 5. Andere Staaten: Rußland, Vereinigte Staaten von Amerika, Italien und kleinere Staaten.	
§ 5.	<i>Die Tilgung der Staatsschulden</i> . . . . .	484
	Allgemeines. Die Konversionen als Tilgung. — Die einzelnen Tilgungsformen: 1. Die Zwangstilgung. Zwangsauslosung und Lotteriepläne. 2. Die Tilgung nach dem System des Tilgungsfonds. Ihre Technik. Die Priceschen Vorschläge. Ihre Mißerfolge. 3. Die freie Tilgung. Die allgemeine Methode. Die administrativ freie Tilgung und die freie Tilgung mit Tilgungszwang (Prozentualtilgung). Ihre Durchführung: freihändiger Verkauf, periodische Auslosung und Absetzung vom Anlehesoll.	
§ 6.	<i>Die Versuche und Erfolge des Systems des Tilgungsfonds</i> . . . . .	439
	Die ältesten Versuche in Holland und im Kirchenstaate. Walpoles Tilgungsfonds in England von 1715—1735. Seine Erneuerung i. J. 1786 durch Pitt den Jüngeren nach den Priceschen Berechnungen. Seine Einrichtung und Funktion. Neue Pläne von Petty und Vansittart. Seine weiteren Schicksale, Erfolge und seine Aufhebung i. J. 1829. — Nachahmung des englischen Vorbildes in Frankreich durch die Caisse d'amortissement (1816—1871), in Österreich (1806—1859), in Preußen (1820—1868) und in den deutschen Mittelstaaten.	
§ 7.	<i>Die Ergebnisse der freien Tilgung</i> . . . . .	444
	1. Deutsches Reich. 2. Preußen. 3. Deutsche Mittelstaaten. 4. Österreich-Ungarn. 5. Frankreich. 6. England. Der New Sinking Fund. — Andere Staaten.	
§ 8.	<i>Der Staatsbankrott</i> . . . . .	450
	Allgemeines. Inhalt und Formen: I. Nichterfüllung der Kapitalverbindlichkeit: 1. Verschiebung der Kapitalrückzahlungspflicht. 2. Zwangskonversion. 3. Kapitalverminderung. — II. Nichterfüllung der Zinszahlungspflicht: 1. Suspension der Zinszahlung. (Ausgestellte oder tote Schulden). 2. Zwangs-	

	zinsreduktion. 3. Kuponsteuern. — III. Verbindung der Nichterfüllung der Kapitalverbindlichkeit und der Zinszahlungspflicht. — Repudiation und verschleierte Staatsbankrott. — Die Abwicklung: 1. Schuldenrestitution. 2. Komposition. — Der Schutz der Gläubiger: 1. Schutzvereinigungen der Gläubiger. 2. Die Intervention. 3. Anwendung von Waffengewalt. 4. Internationale Finanzkontrolle. Totale und partielle Finanzkontrolle. — Beispiele historischer Staatsbankrotte.	
III.	Die schwebenden Staatsschulden . . . . .	458—491
§ 1.	<i>Wesen und Formen der schwebenden Staatsschulden</i> . . . . .	458
	Ihr Wesen, ihr Zweck, ihre Zeitdauer. Schwebende Verwaltungs- und schwebende Finanzschulden. Die Formen: Regierungswechsel, Kontokorrentkredit, Schatzanweisungen. Das Staatspapiergeld.	
§ 2.	<i>Die Schatzanweisungen</i> . . . . .	459
	Zweck und Formen. Ausgabe und Verzinsung. Höhe des Zinsfußes. Verfallzeit. — Die Schatzanweisungen in den einzelnen Ländern: 1. Deutsches Reich und Mittelstaaten. 2. Österreich-Ungarn. Salinenscheine. Kassenanweisungen und Schatzscheine. 3. Frankreich. 4. England. Andere Staaten.	
§ 3.	<i>Das Staatspapiergeld</i> . . . . .	467
	Begriff und Wesen des Staatspapiergeldes. — Seine Arten: 1. Das uneigentliche Papiergeld: a. Das einlösbare und metallisch vollgedeckte Staatspapiergeld. b. Das einlösbare, teilweise baar gedeckte Papiergeld. c. Das bedingt einlösbare, mit Einlösungsversprechen ausgestattete Papiergeld. d. Das einlösbare Staatspapiergeld mit Zwangskurs. e. Das uneinlösbare Staatspapiergeld mit Zwangskurs, aber mit Verzinsung. — 2. Das eigentliche Papiergeld oder die Papierwährung. Ihr Wesen und ihre Wirkungen. Die Beseitigung der Papierwährung: 1. Durch Kurshebung und 2. durch legale Devaluation. Anwendbarkeit der beiden Methoden.	
§ 4.	<i>Die Entwicklung des Staatspapiergeldes in den einzelnen Ländern.</i>	472
1.	Die ältere Zeit: Anfänge in den britischen Kolonien Nordamerikas im 17. und 18. Jahrh. Das Law'sche System und die Assignatenwirtschaft in Frankreich im 18. Jahrh. Schweden. — 2. Preußen. Die Tresorscheine von 1806—1850. Die Darlehenskassenscheine und die Kassenanweisungen. — 3. Das einzelstaatliche Papiergeld und die Reichskassenscheine. Das Papiergeld in den deutschen Mittel- und Kleinststaaten. Der Kampf gegen die „Wilden“ und ihre Ersetzung durch die Reichskassenscheine nach RG. v. 30. April 1874. — 4. Österreich-Ungarn. Die verzinslichen Kassenscheine (1761—1770). Die Periode der Bankozettel bis zur Errichtung der Nationalbank (1762—1816). Das Staatspapiergeld bis zur Währungsreform und die neueren Schicksale des österreichischen Papiergeldes (1816—1892). — 5. Frankreich und England. — 6. Italien. Die Staatsbanknoten und die Konsortialnoten. Aufhebung des Zwangskurses und das uneinlösbare Staatspapiergeld. — 7. Rußland. Die ältere	

Seite

Zeit und die Reichsassignmenten. Die Reichskreditbillets (seit 1841) und die wirkliche Papierwährung (seit 1854). Die Entwicklung der russischen Papierwährung und die Wiederherstellung der Metallvaluta (1896—1898). — 8. Vereinigte Staaten von Amerika. Staatsnoten und Legal Tender-Noten („Greenbacks“). Die Entwertung des Papiergelds und die Beseitigung des Goldagios. Papiergeld und Währungspolitik.

IV. Überblick über die Staatsschulden im 19. Jahrhundert. 491—522

1. Die Reichsschulden. 2. Preußen. 3. Mittelstaatliche Staatsschulden. 4. Österreich und Ungarn. 5. Frankreich. 6. England. 7. Andere Staaten.

**Anhang:**

Die englische Finance Act von 1910 : . . . . .	523—530
Sachregister . . . . .	531—536
Namenregister . . . . .	537—540